

Lampertheimer Zeitung vom 30.05.2009

Wald soll entstehen - Vorschläge und Fragen zur Sodabuckel-Sicherung

NEUSCHLOSS. Der Ortsbeirat Neuschloß hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Sodabuckel auch nach einer "Sicherung" der verseuchten Erde als Wald zu nutzen. Der Magistrat wurde aufgefordert, die dafür anfallenden Mehrkosten zu berechnen. Die Ortsbeiratsmitglieder Paul Schneider (FDP) und Volker Harres (SPD) hatten sich darüber bereits Gedanken gemacht und ihre Ergebnisse am Donnerstagabend im Bürgersaal des Stadtteils vorgestellt.

Im Gutachten eines Fachbüros wurde vorgeschlagen, den Sodabuckel nach der Rodung mit einer 1,50 Meter starken Erdschicht abzudecken, 1 Meter davon als sogenannte Wasserhaushaltsschicht. Schneider erläuterte, dass eine insgesamt 2,80 Meter dicke Erdschicht eine Bepflanzung mit Bäumen ermögliche und dabei nur knapp 200.000 Euro Mehrkosten verursache. Harres verwies auf die weiteren Vorteile dieser stärkeren Erdschicht: weniger Sickerwasser und damit eine geringere Rekontamination des Grundwassers, Verwehungen und Erosion würden vermieden. Ohne die Wiederaufforstung des Sodabuckels drohten der Stadt Lampertheim 265.000 Euro als naturschutzrechtliche Ausgleichsabgabe.

"Hut ab vor dieser Fleißarbeit", lobte Bürgermeister Erich Maier Schneider und Harres. Die Kosten fand er "ein bisschen schöngerechnet". Wünschenswert sei die Wiederaufforstung, doch man müsse bei allen Mehrkosten bedenken, dass die Stadt Lampertheim für die Sanierung von Neuschloß bereits 20 Millionen Euro ausbebe. Klar sei auch, dass die Diskussion über das Thema Wiederaufforstung und die Prüfung der Mehrkosten den Beginn der Sodabuckel-Maßnahme verzögerten.

Der Projektbeirat Altlasten Neuschloß (PAN) hatte zudem politische Entscheidungsträger in Lampertheim angeschrieben und darauf hingewiesen, dass das Fachgutachten einige Fragen offen lasse. Zusammenfassend urteilt der PAN über das Gutachten: "Um über die langfristig sinnvolle Variante zur Sanierung des Sodabuckels entscheiden zu können, könnten zunächst weitere Messungen nötig sein. Die Auswertung der vorhandenen und eventueller zusätzlicher Messungen muss möglicherweise an verschiedenen Stellen überarbeitet werden." Denn es bestehe die Möglichkeit, dass das Gefährdungspotenzial für das Grundwasser höher ist als bisher angenommen. Maier versicherte, über die PAN-Bedenken wolle man sich nicht hinwegsetzen. Alle Beteiligten sollten sich an einen Tisch setzen, um zu einem für alle tragfähigen Ergebnis zu kommen.

Der Bürgermeister informierte den Ortsbeirat auch über Fakten zum Thema Schloss: Bei einer Nutzung des Gebäudes sei eine Entkernung und Innensanierung notwendig, was rund 6.750.000 Euro koste. Weitere 175.000 Euro gingen für Fassaden- und Dachsanierung drauf. Mit Möblierung für ein mögliches Museum sei man bei über 1 Million Euro angelangt.

Möglicherweise gebe es Fördermittel der EU, doch die Hälfte der Kosten habe sicherlich die Stadt zu tragen, so Maier.

Ortsvorsteher Gottlieb Ohl will das Thema auf die nächste Ortsbeiratssitzung setzen. Bis dahin sollten Informationen über Fördermittel und Ideen für ein Museum gesammelt werden.

(von Oliver Lohmann)